

**DR. JÖRG FREIHERR FRANK VON FÜRSTENWERTH,  
STIFTUNGSINITIATIVE DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT**

**Rede anlässlich des Empfangs „10 Jahre Stiftung EVZ“ am 23. Juni 2010  
in der Vertretung des Landes Niedersachsen**

+++ Es gilt das gesprochene Wort +++

Am 27. Januar des Jahres, dem 65. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, hielt Israels Präsident Schimon Peres eine Rede im Deutschen Bundestag, die mir bis heute in Erinnerung geblieben ist. Er sagte:

„Die Shoah muss dem menschlichen Gewissen stets als ewiges Warnzeichen vor Augen stehen; als Verpflichtung zur Heiligkeit des Lebens, zur Gleichberechtigung aller Menschen, zu Freiheit und Frieden.“

Dieser Auftrag ist von zeitloser Gültigkeit. Zehn Jahre nach Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und drei Jahre nach Beendigung der Auszahlungsprogramme für Zwangsarbeiter und bestimmte Vermögensschäden will ich deshalb betonen:

Die Arbeit, unser aller Arbeit, ist nicht zu Ende.

Und sie wird auch dann nicht zu Ende sein, wenn eines traurigen Tages die letzten Überlebenden von KZ-Haft und anderen unmenschlichen NS-Verbrechen verstorben sind.

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges gab es mehrere große Anstrengungen, um mit finanziellen Entschädigungen, das; was nicht ungeschehen gemacht

werden kann, das erfahrene Leid und das erlittene Unrecht, wenn schon nicht zu heilen, so doch zumindest anzuerkennen und auf einer materiellen Ebene zu mildern.

Über 1,7 Millionen Zwangsarbeiter und andere Opfer der Nazi-Diktatur konnte die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ bis zur Beendigung der Auszahlungsprogramme noch erreichen.

Aber, ein letztes Problem ist auch heute, im Sommer 2010, 65 Jahre nach Ende der Naziherrschaft, ungelöst!

Unter den noch lebenden Opfern der NS-Verbrechen, darunter allein mehr als 500.000 Opfer der Shoah, gibt es viele, die unsere Hilfe dringend benötigen.

Die letzten Überlebenden sind heute aufgrund ihres Alters – aber nicht zuletzt gerade aufgrund des ihnen zugefügten Leids – oft pflegebedürftig; nicht selten finanziell überfordert und oft sozial vereinsamt.

Wenn wir uns allein die heute bekannten Zahlen zum Bedarf der Opfer der Shoah vor Augen führen, können wir davon ausgehen, dass allein mehr als 100.000 Überlebende der Shoah häuslicher Krankenpflege und sozialer, oft auch psychotherapeutischer Hilfe bedürfen. Wir wissen auch, dass es einen entsprechenden Bedarf bei anderen NS-Opfern, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, gibt.

Denn viele der Erinnerungen an die Einkerkierungen, an die Qualen in den Vernichtungslagern, die dem Willen zum Überleben gehorchend über Jahre unterdrückt wurden, kehren im Alter mit voller Wucht verstärkt zurück. Wir alle wissen dies!

Wir haben eine besondere Verantwortung für die noch lebenden NS- Opfer.

An dem Tag, an dem Schimon Peres seine Rede vor dem deutschen Bundestag hielt, schrieb die Süddeutsche Zeitung unter dem Titel „Traurige Bilanz am Gedenktag“:

„Die Welt gedenkt der Toten des Holocaust – und vergisst die Überlebenden.“

Wir dürfen die Überlebenden nicht vergessen! Wir dürfen sie nicht im Stich lassen! Es ist unerträglich zu wissen, dass die Opfer der Shoah und anderer unsäglicher NS-Verbrechen ihre letzten Tage in sozialer Not verbringen müssen.

Ihre Jugend wurde Ihnen geraubt, ihre Familien oft zerstört. Sie haben ein Recht darauf, die letzte Phase ihres Lebens in Würde verbringen zu können.

Gewiss: Es ist in den letzten beiden Jahrzehnten viel getan, viel erreicht worden. Zuletzt noch im März des Jahres in den Verhandlungen zwischen der JCC und dem Bundesfinanzministerium. Und auch die EVZ Stiftung sieht sich mit ihren Förderprojekten in einer besonderen Verantwortung für die noch lebenden NS-Opfer.

Und: Der große Bedarf an medizinischer und sozialer Betreuung erfordert auch internationale Anstrengungen, auch Anstrengungen der Staaten, in denen die Opfer in den letzten 65 Jahren gelebt haben; darüber bestand Konsens zwischen den 46 teilnehmenden Staaten der Prager Holocaustkonferenz 2009. So heißt es in der Erklärung von Theresienstadt:

„... dass die Überlebenden des Holocaust (der Shoah) und andere Opfer nationalsozialistischer Verfolgung ein fortgeschrittenes Alter erreicht haben,

dass ihre persönliche Würde unbedingt geachtet werden muss und es von äußerster Dringlichkeit ist, sich mit ihrer sozialen Lage auseinanderzusetzen ...“

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ ist beispiellos. Diese gemeinsame Initiative von Staat und Wirtschaft, dieses Bekenntnis der Wirtschaft zur Verstrickung in Unrecht der Vergangenheit, hat viel zur Gerechtigkeit, zu Genugtuung der Überlebenden und auch zum Ansehen Deutschlands in der Völkergemeinschaft beigetragen.

Darüber können wir gerade zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung froh, glücklich und dafür dankbar sein, dass dieses historisch einmalige Projekt so gut gelungen ist.

Meine große Sorge ist aber, dass all das Erreichte gefährdet ist, wenn es nicht gelingt, in gemeinsamer Verantwortung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik den letzten Überlebenden von KZ-Haft und anderen unmenschlichen Verbrechen es zu ermöglichen, ihre letzten Lebensjahre in Würde zu verbringen.

Und wir müssen dies schnell tun. Das Zeitfenster, ein letztes Mal die Not der Überlebenden zu lindern, ihnen ein letztes Mal ein kleines Stück mehr an Gerechtigkeit zukommen zu lassen, ist sehr, sehr eng.

Binnen kurzem schon wird es nicht mehr möglich sein, den Überlebenden spürbare und angemessene Hilfe zu leisten, da sie nicht mehr unter uns sein werden.

Die Stiftung EVZ ist gewissermaßen der institutionalisierte Beweis, dass eine solche Hilfe gelingen kann. Erinnert man sich an die Verhandlungen und Diskussionen, die der Gründung der Stiftung vorausgingen, so wird einem bewusst, wie groß die Schwierigkeiten waren und wie wenig selbstverständlich

das Zustandekommen der Stiftung eigentlich war, und wie dankbar wir sein müssen, dass sich damals Männer und Frauen mit einem unerschütterlichen Gefühl für die gemeinsame Verantwortung der Aufgabe gestellt haben.

Zur historischen Wahrheit gehört freilich auch, dass sich die deutsche Wirtschaft – von wenigen Ausnahmen abgesehen – erst spät und aufgrund eines wenig sanften Drucks durch Sammelklagen ihrer Verantwortung gestellt hat. Doch gerade auch in den Reihen der Wirtschaft gab es Menschen, die sich, auch jenseits juristischer Überlegungen, für das Zustandekommen der Stiftung mit ihrer ganzen Kraft eingesetzt haben. Zu erwähnen sind insbesondere die damaligen Verantwortlichen der Stiftungsinitiative. In einer Zeit, in der wieder verstärkt nach Moral in den Chefetagen gefragt wird, bedarf auch dies der Erwähnung.

Warum sollte uns angesichts der aktuellen Not vieler Opfer nicht noch einmal solch ein gemeinsames Einstehen für unsere historische Verantwortung gelingen?

Wir brauchen eine neue Initiative, eine zusätzliche finanzielle Anstrengung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, ein solches Projekt zu stemmen; auf freiwilliger Basis, aufgrund unserer inneren Überzeugung, Verantwortung zu übernehmen. Die Stiftung kann dies aus den ihr verbliebenen Mitteln nicht leisten, aber sie könnte, aufbauend auf ihren jetzigen Programmen, später bei der Umsetzung helfen.

Ich hoffe sehr, dass wir bald zu Erfolgen kommen.

Die letzten Überlebenden der Naziverbrechen sterben. Jetzt. Wer als Jugendlicher in ein KZ verschleppt wurde, der ist heute jenseits seines siebten Lebensjahrzehnts.

Bald werden wir die Erinnerung an die Shoah und an all die unsäglichen NS-Verbrechen aufrechterhalten müssen, ohne dass uns die Opfer unmittelbar von den Verbrechen berichten können.

In der zukünftigen Tätigkeit der Stiftung wird es sehr darauf ankommen, durch die Projekte des Zukunftsfonds nicht nur die Lehren aus der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft zu ziehen, sondern sie vor allem im Bewusstsein der Generationen wach zu halten. Schon bei Gründung der Stiftung war dies ein wichtiges Anliegen der deutschen Wirtschaft.

Die Stiftung ist dafür gut gerüstet. Der gesetzliche Rahmen sah von Anfang an einen Fonds vor, der schon in seinem Namen die doppelte Aufgabe definiert: „Erinnerung und Zukunft“. Erinnerung und Zukunft beschreibt kein zeitliches nacheinander - erst erinnern wir uns, dann denken wir an die Zukunft – sondern die beiden Elemente bedingen sich. Weil wir uns erinnern, können wir eine bessere Zukunft gestalten. Aus der Verantwortung für die Vergangenheit ergibt sich eine Verpflichtung für die Zukunft.

Hierfür steht heute wie vor zehn Jahren bei der Gründung der Stiftung auch die deutsche Wirtschaft. Wir bekennen uns weiterhin zu unserer Verantwortung für die Überlebenden des nationalsozialistischen Unrechts, für diskriminierte und verfolgte Minderheiten, für die Wahrung der Menschenrechte und die Völkerverständigung.

Mit herzlichem Dank an Vorstand und Mitarbeiter der Stiftung, die ihr in den letzten zehn Jahren ein Gesicht gegeben und sie mit Leben erfüllt haben, wünsche ich uns allen ein weiteres erfolgreiches Wirken der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.